

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Dr. Stocker,
Sehr geehrter Herr Vize-Bundeskanzler Herr Babler, MSc.
Sehr geehrte Frau Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten Mag. Meinel-Reisinger,
Sehr geehrte Frau Bundesministerin für Frauen, Wissenschaft und Forschung Frau Holzleitner, BSc.

Anlässlich des **vierten Jahrestages der gewaltsamen Machtergreifung der Taliban** in Afghanistan bitten wir Sie dringend um Unterstützung des afghanischen Widerstands gegen das Terrorregime. Die Lage der Menschen, insbesondere jene der Frauen, in Afghanistan hat sich in den letzten Jahren drastisch verschlechtert. Wir wenden uns an Sie Herr Bundeskanzler mit der Bitte, **effektive Schritte zur Unterstützung der Menschen in und aus Afghanistan** zu setzen, also Österreichs Engagement für Frieden und Sicherheit in der Welt fortzusetzen, wie Sie es im Regierungsprogramm festgeschrieben haben (Kapitel "Frauen, Staat, Gesellschaft, Internationales und EU").

Zur Lage in Afghanistan

Die gravierenden Menschenrechtsverletzungen der Taliban sind Alltag geworden,[i] vor allem durch die offensive **Umsetzung des sogenannten „Gesetz(es) zur Förderung von Tugend und Verhinderung von Laster“**, welches es Frauen verbietet, in der Öffentlichkeit zu sprechen, gehört, gesehen oder ohne männlichen Begleitung Verkehrsmittel zu benutzen. UNO-Studien und Berichten zufolge wird dieses in allen Provinzen „systematisch und flächendeckend“ mit fatalen Konsequenzen umgesetzt.[ii] Entgegen der gängigen Annahme - die Taliban seien heute ideologisch gemäßiger im Vergleich zu ihrer ersten Herrschaftszeit - widerspricht ihre Politik diese Annahme deutlich: Sie stellen ihre Politik in den Dienst der sogenannten Erlösung im Jenseits und rechtfertigen damit unzählige Menschenrechtsverletzungen zu begehen und mit Terror zu herrschen.

Die Herrschaft der Taliban entrechtet insbesondere Frauen. Viele Berichte und Studien zeigen auf, dass Frauen in **allen Lebensbereichen von systematischer Repression betroffen sind**. Die Taliban-Herrschaft kann daher auch als „**Gender Apartheid System**“ und ihre Politik gegenüber Frauen als **Verbrechen gegen die Menschlichkeit** eingeordnet werden.[iv] Die Taliban verstoßen gegen alle Artikel der CEDAW Konvention (Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau der Vereinten Nationen). Laut Berichten des UN-Sonderberichterstatters über die Menschenrechtssituation in Afghanistan, erleiden Frauen aufgrund ihrer tyrannischen Verfolgung auch unsichtbare Schäden, welche sich entsprechend der Intersektionalität, je nach sozialer, ökonomischer und ethnischer Zugehörigkeit mitunter um ein Vielfaches verstärken.[iii] Seit der Machtergreifung der Taliban ist ein Anstieg der Selbstmordrate bei Frauen,[v] der Anzahl der Kinderehen[vi], der geschlechtsspezifischen und sexualisierten Gewalt,[vii] und der willkürlichen Verhaftungen, begleitet von Folter und Mord verzeichnet worden[viii].

Die Taliban verfestigen ihre Herrschaft durch **absolute Rechtsunsicherheit** und den ständigen Versuch, mittels Terrors jeglichen Widerstand zu ersticken. Berichten zufolge sind die Menschen in Afghanistan u.a. außergerichtlichen Hinrichtungen, willkürlichen Verhaftungen, Folter, maßlosen Bestrafungen, Erniedrigungen, Verlust ihres Besitztums, Vertreibungen und kollektiven Bestrafungen ausgesetzt.[ix] Davon sind insbesondere Ex-Sicherheitskräfte, Ex-Funktionäre der Republik Afghanistans, LGBTQIA+ Personen, Menschenrechts- und Frauenrechtsaktivist:innen betroffen.[x]

Während die gesamte Bevölkerung Afghanistans von den Gräueltaten der Taliban betroffen ist, sind gewisse **ethnische und religiöse Gruppen** den Repressionen besonders stark ausgesetzt. Dazu zählen die Hazara, Teile der tadschikischen Volksgruppe, sowie Usbeken, Turkmenen, manche kleinere paschtunische Clans und Sikhs.[xi] An den Hazara werden kontinuierliche Unterdrückungen, genozidale Attentate sowie Landenteignungen ausgeübt.[xii] Menschen aus Pandschir und Andarab werden verfolgt, verhaftet und ermordet sowie zur Massenflucht gezwungen.[xiii] Die Taliban verstoßen auch in vielerlei Hinsicht gegen

soziale, ökonomische und kulturelle Menschenrechte. So wurde die schiitische Rechtsprechung abgeschafft, es wurden Einschränkungen in der Ausübung religiöser Feierlichkeiten verhängt und Ismaeliten werden gezwungen zu konvertieren.[xiv] Diese Maßnahmen intensivieren ethnische und religiöse Konflikte.

Über 23 Millionen Menschen sind in Afghanistan auf humanitäre Hilfe angewiesen. Das Land hat die weltweit drittgrößte Anzahl von Kriegsflüchtlingen (10,2 Millionen). Die **katastrophale humanitäre Lage** wird durch die Politik der Taliban, Sicherheitsprobleme bei Hilfslieferungen[xv] und Kürzungen bei Hilfeleistungen weiter verschärft.[xvi][xvii].

Des Weiteren sind auch **Meinungs- und Medienfreiheit unter den Taliban komplett abgeschafft** worden.[xviii] Die Medien sind nach vier Jahren Herrschaft zu einer Propagandamaschinerie verkommen. Politische Diskussionen dürfen nur mit Zustimmung des Regimes ausgestrahlt werden und Live-Übertragungen finden nicht statt. Journalist*innen werden eine Kooperation mit im Ausland ansässigen Medienhäusern streng verboten. Zugang zu Informationen wird verwehrt.

Die verbreiteten Narrative von Sicherheit unter den Taliban bröckeln. [xix] UNO-Berichten zufolge steigen derzeit Sicherheitsvorfälle und terroristische Attentate.[xx] alarmierend sind auch Berichte des Sanction Monitoring Teams des UNO-Sicherheitsrates, die nicht nur die **Präsenz von 24 Terrororganisationen** (inklusive der Al-Qaida und IS-KP) in Afghanistan bestätigen, sondern auch die unterstützende Rolle der Taliban dabei hervorheben. So stellen die Taliban bspw. Trainingscamps zur Verfügung und ermöglichen Zugang zu ihren Waffen. Ein steter Zustrom ausländischer terroristischer Kämpfer nach Afghanistan kann festgestellt werden.[xxi] Diese stellen eine **Gefahr für Afghanistan und die umliegende Region, aber auch für Europa dar.**

Angesichts der verheerenden Armut, der stetig zunehmenden Unterdrückung der Bevölkerung, des bedingungslosen Ausschlusses von Oppositionellen, der wachsenden Uneinigkeit innerhalb der Taliban und regionaler Machtverschiebungen, kann der **neuerliche Ausbruch eines Bürgerkriegs, mit fatalen Folgen auf allen Ebenen,** nicht ausgeschlossen werden.

Die Haltung der internationalen Gemeinschaft ist angesichts der Krisen in Afghanistan von einem reduktionistischen Ansatz geprägt. Dieser beschränkt sich auf humanitäre Hilfe, Drogen- und Terrorismusbekämpfung sowie das Recht der Frauen auf Bildung. Dieser Ansatz hat sich nach vier Jahren und Gesprächen mit den Taliban als wenig wirksam erwiesen. **Es bedarf dringend eines neuen umfassenderen und zielführenden Ansatzes für eine wirksame Afghanistan-Politik. Österreich könnte folgende konkrete Maßnahmen ergreifen:**

1. Unterstützung der von Afghan:innen getragenen oppositionellen politischen Prozesse

Oppositionelle im Exil und die afghanische Diaspora haben sich in den letzten vier Jahren zunehmend organisiert. Dabei schätzen wir Österreichs unterstützende Rolle sehr. Wir empfehlen:

- 1.1. Eine proaktive politische Unterstützung solcher Initiativen seitens der österreichischen Regierung: Österreich soll verstärkt als zentraler Ort des Dialogs zur friedlichen Beilegung des Konflikts in Afghanistan positioniert werden.
- 1.2. Österreich sollte sich im Sinne einer nachhaltigen Konfliktlösung für eine aktive Unterstützung der politischen Prozesse für ein freies Afghanistan durch die Europäische Union einsetzen, etwa im Rahmen des Ministerrats der EU oder gegenüber der EU-Außenbeauftragten Kaja Kallas.

2. Stärkere Maßnahmen für die Einhaltung der Menschen- und Frauenrechte in Afghanistan

Wir schätzen Österreichs Vorreiterrolle in den internationalen Foren für Menschen- und Frauenrechte, seine aktive Rolle in den Verhandlungen der „UN-Konvention betreffend Verbrechen

gegen die Menschlichkeit“ sowie seine Unterstützung der Kodifizierung von Gender-Apartheid. Österreich könnte folgende weitere Maßnahmen ergreifen:

- 2.1. Taliban-Funktionäre nach dem Prinzip der universellen Gerichtsbarkeit wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen rechtlich verfolgen
- 2.2. gezielt den Internationalen Strafgerichtshof bei seinen Untersuchungen der Lage in Afghanistan unterstützen
- 2.3. das Gender-Apartheid-System der Taliban in Afghanistan offiziell als solches verurteilen
- 2.4. sich für die Einrichtung einer speziellen Ermittlungskommission zur Beweissicherung zu den Verbrechen gegen die Menschlichkeit (wie im Falle Syriens) einsetzen
- 2.5. seine finanzielle Unterstützung für die Vertragsorgane und Sonderverfahren des UNO-Menschenrechtsrats erhöhen, um deren Arbeit nachhaltig zu sichern

3. Sanktionen gegen Taliban-Funktionäre ausweiten

Österreich sollte sich dafür einsetzen, dass auf EU-Ebene und im Rahmen des UN-Sicherheitsrates alle Taliban-Funktionäre sanktioniert werden, von Personen in Führungspositionen in Ministerien bis hin zu Funktionären auf Bezirksebene.

4. Keine (in)direkte Anerkennung des Talibanregimes

Österreich sollte im Sinne seiner Verfassung auf keinen Fall (in)direkt zu einer Legitimierung, Anerkennung und Normalisierung des verbrecherischen Regimes der Taliban beitragen. Daher fordern wir die sofortige Einstellung jeglicher (in)direkter Kontakte mit dieser Terrorgruppe und eine klare Positionierung bezüglich der Nicht-Anerkennung des Regimes seitens der Österreichischen Bundesregierung.

5. Verstärkte Initiative zur Aufnahme schutzbedürftiger Personen

Angesichts der dramatischen Menschenrechtslage in Afghanistan sollte Österreich verstärkt schutzbedürftige Menschen aus Afghanistan aufnehmen. Zu diesem Zweck sollte der einzig legale Fluchtweg, die Familienzusammenführung, welche vor allem Frauen, Kindern und älteren Menschen hilft, wieder ermöglicht werden. Zudem sollten Resettlementprogramme eingeführt werden. Aufenthaltsrechtliche Verfahren müssen beschleunigt und humanitäre Visa, entsprechend der Empfehlung des EU-Parlaments[xv], für besonders gefährdete Personen eingeführt werden. Abschiebungen nach Afghanistan in der aktuellen Situation wären unvereinbar mit den Menschenrechten und könnten dem Taliban-Regime eine faktische Legitimation verleihen.

6. Korruption rechtlich verfolgen

Die EU und Österreich sollten jene Personen (sowohl Menschen aus Afghanistan als auch Akteure aus anderen Ländern), die nachweislich in den letzten 20 Jahren internationale Hilfsgelder für Afghanistan veruntreut haben, rechtlich verfolgen.

Wir stehen Ihnen gerne für die Realisierung der genannten Punkte unterstützend zur Seite.

In Erwartung einer baldigen Antwort
verbleiben wir hochachtungsvoll,

Verein Solidaritätsgruppe Afghanistan

Unterzeichnende Organisationen:

Afghanischer Klutur Verein AKIS

AID (Access International Diaspora Network)

Asyl in Not

Asylkoordination

Ehe ohne Grenzen

Frauenhaus Vöcklabruck

Fremde werden Freunde (Omid Online School)

Institut für Alterskompetenzen

Katib Sport- und Kulturverein

Neuer Start

Oxus (Medien Integration Kultur)

Plattform für menschliche Asylpolitik

Queerbase

Students Advocating Gender Equality (SAGE)

Solidaritätsgruppe Afghanistan

SOS Balkanroute

Verein AÖF (Autonome Österreichische Frauenhäuser)

Vereinigung für Frauenintegration

Quellen:

-
- [i] <https://www.bmz.de/de/laender/afghanistan>; <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2025/02/un-expert-warns-intensifying-human-rights-crisis-repression-deepens>
- [ii] <https://www.ohchr.org/en/documents/country-reports/ahrc5874-study-so-called-law-promotion-virtue-and-prevention-vice-advance>; <https://unama.unmissions.org/report-implementation-enforcement-and-impact-pvpv-law-afghanistan>
- [iii] Richard Bennett, “Annex: Intersectional Barriers and Invisible Harms” (Special Rapporteur on the Situation of Human Rights in Afghanistan, June 11, 2025), <https://www.ohchr.org/sites/default/files/2025-06/a-hrc-59-25-annex-1-en.pdf>.
- [iv] Numerous Report by Special Rapporteur on Human Rights Situation in Afghanistan (/HRC/59/25, A/HRC/58/74, A/HRC/58/80, A/79/330, etc.); <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2024/06/gender-apartheid-must-be-recognized-international-law/>; <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2024/02/gender-apartheid-must-be-recognised-crime-against-humanity-un-experts-say>; <https://www.reuters.com/world/icc-prosecutor-seeks-arrest-warrants-against-taliban-leaders-2025-01-23/>; <https://ohrh.law.ox.ac.uk/the-crime-against-humanity-of-gender-persecution-a-first-beam-of-light-for-afghan-women-and-girls/>; https://www.vidc.org/fileadmin/pdfs/vidc-policy_brief_gender_apartheid_in_afghanistan_de.pdf
- [v] <https://kabulnow.com/2024/11/rising-suicide-rate-among-women-lay-bare-the-impact-of-talibans-oppression/>; <https://theweek.com/health/afghanistan-female-suicides-problem>
- [vi] <https://kabulnow.com/2025/01/talibans-education-ban-fuels-spike-in-child-and-forced-marriages-report-reveals/>; <https://8am.media/eng/barred-from-school-forced-into-marriage-afghan-girls-face-a-bleak-future-under-the-taliban/>; <https://zantimes.com/2025/01/20/more-than-one-third-of-afghan-girls-trapped-in-forced-marriages/>
- [vii] [https://www.eurasiareview.com/03062025-afghanistan-institutionalized-misogyny-analysis/?utm](https://www.eurasiareview.com/03062025-afghanistan-institutionalized-misogyny-analysis/?utm;); <https://amu.tv/182571/>
- [viii] <https://www.info-res.org/afghan-witness/articles/afghan-witness-report-reveals-daily-occurrence-of-gender-based-violence-under-taliban-rule-as-women-suffer-systematic-erasure-from-public-life/>; <https://frauenrechte.de/aktuelles/detail/die-systematische-unterdrueckung-der-frauen-in-afghanistan-ueberblick-und-internationale-juristische-reaktionen/>; [https://www.ungeneva.org/en/news-media/meeting-summary/2025/06/non-governmental-organizations-brief-committee-elimination?utm](https://www.ungeneva.org/en/news-media/meeting-summary/2025/06/non-governmental-organizations-brief-committee-elimination?utm;);
- [ix] <https://www.ohchr.org/en/meeting-summaries/2023/09/high-commissioner-tells-human-rights-council-human-rights-afghanistan-are>; <https://8am.media/eng/extrajudicial-torture-and-killings-of-citizens-over-30-people-killed-in-just-over-a-month/>;
- [x] <https://kabulnow.com/2025/05/un-reports-six-killings-23-arrests-of-former-officials-and-security-forces-by-taliban-in-three-months/>; <https://www.afintl.com/en/202503202111>;
- [xi] <https://rawadari.org/reports/afghanistan-human-rights-situation-report-2024/?utm>; <https://www.dw.com/en/rights-under-constant-attack-in-taliban-ruled-afghanistan/a-72559435?utm>; <https://www.info-res.org/afghan-witness/articles/uptick-in-claims-of-forced-displacement-across-afghanistan/>; <https://www.afintl.com/en/202411188746>
- [xii] <https://minorityrights.org/hazaras-2025/?utm>; <https://www.bolaq.org/2024/12/2024-hazaras-still-at-risk-of-genocide-and-oppression-under-the-taliban-regime/>; <https://euaa.europa.eu/country-guidance-afghanistan-2024/3142-individuals-hazara-ethnicity-and-other-shias>
- [xiii] <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2023/06/afghanistan-talibans-cruel-attacks-in-panjshir-province-amount-to-war-crime-of-collective-punishment-new-report/?utm>; <https://kabulnow.com/2025/05/taliban-detains-father-and-son-in-panjshir-as-crackdown-continues/>
- [xiv] <https://amu.tv/184634/>; <https://kabulnow.com/2024/06/35960/>; <https://www.dw.com/de/afghanistan-kein-platz-für-vielfalt-unter-den-taliban/a-72550563>; <https://8am.media/eng/religious-persecution-by-the-taliban-forces-more-ismailis-to-flee-to-neighboring-countries/>
- [xv] <https://www.rescue.org/13-countries-impacted-aid-cuts>
- [xvi] <https://www.unocha.org/publications/report/afghanistan/afghanistan-humanitarian-access-snapshot-may-2025>; <https://kabulnow.com/2025/02/taliban-interference-halts-over-50-aid-projects-in-afghanistan-un-says/>
- [xvii] <https://www.unhcr.org/news/press-releases/number-people-uprooted-war-shocking-decade-high-levels-unhcr>
- [xviii] <https://www.hrw.org/news/2024/11/26/un-report-portrays-afghanistans-destroyed-media>; <https://8am.media/eng/media-suppression-in-afghanistan-taliban-transform-media-into-their-propaganda-tool/>; <https://www.afintl.com/en/202507037839>; <https://ifex.org/afjc-annual-report-on-media-freedom-in-afghanistan/>
- [xix] <https://commonslibrary.parliament.uk/research-briefings/cbp-10215/>
- [xx] <https://digitallibrary.un.org/record/4083725?v=pdf>
- [xxi] <https://docs.un.org/en/S/2025/71/Rev.1>
- [xxii] https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0160_EN.html